

Kommentar der griechischen Regierung zu Eurogruppenbeschluss und Reformliste (24.2.2015)

1. Die Verlängerung der Kreditvereinbarung um vier Monate und die von der griechischen Regierung vorgelegte und von europäischer Seite angenommene Reformliste, markieren einen Wendepunkt. Sowohl für Europa als auch für Griechenland. Denn erstmals seit Ausbruch der Krise, liegt ein offizielles Dokument vor, das nicht auf dem eisernen Standpunkt der Umsetzung harscher Austeritätspolitik beharrt. Darüber hinaus werden zum ersten Mal in einem offiziellen Dokument die katastrophalen Folgen dieser Politik thematisiert. Die Senkung des zu erzielenden Primärüberschusses, stellt ein mögliches Sprungbrett für die Wiederankurbelung der griechischen Wirtschaft dar. Der getane Schritt mag klein sein, doch es ist ein Schritt, in die richtige, der bisher verfolgten Politik entgegen gesetzten Richtung.

2. Der griechischen Regierung ist es gelungen, einer Austeritätsfalle zu entgehen, die Verfechter der bisher etablierten Politikmuster im In- und Ausland, ihr gestellt und darauf gesetzt hatten, das linke Regierungsparadigma im Keim ersticken zu können.

3. Die griechische Regierung hat bis zuletzt an ihrer Ablehnung des „laufenden Programms“ festgehalten und damit auch an der Ablehnung des Memorandums.

Wir sind nicht von dem Standpunkt abgewichen, auf dem wir auch während des Wahlkampfes gestanden haben und haben weiterhin betont, dass Kreditvereinbarung und Memorandum zwei verschiedene Dinge darstellen. Es handelt sich dabei nicht etwa um eine sprachliche Spitzfindigkeit, sondern um in einem offiziellen Dokumenten festgehaltene Positionen, die von immenser politischer Bedeutung für die getroffene Brückenvereinbarung ebenso wie für in die künftig abzuschließenden Vereinbarungen sind.

4. Die Reformliste, welche den Institutionen von der griechischen Regierung vorgelegt und von diesen angenommen wurde, basiert auf dem Wahlprogramm unserer Partei. Ansatzpunkt ist die Überzeugung, dass die fest verankerte Nicht-Besteuerung und Steuerflucht der Reichen in Griechenland, das Schlüsselproblem der griechischen Wirtschafts- und Finanzlage darstellen. Aus diesem Grund stellen Stärkung der Steuerfahndung, der Schutzmaßnahmen gegen Eingriffe politischer Eliten in die Arbeit der Steuerfahndungsbehörden sowie das Schließen von gesetzlichen Steuerschlupflöchern auch die zentralen Punkte der von der griechischen Regierung vorgelegten Reformliste dar.

5. Mit der getroffene Vereinbarung zwischen Institutionen und griechischer Regierung, sind die von Seiten der Regierung-Samaras gemachten Zusagen (massive Kürzungsprogramme, die in der einer an die Troika gerichteten Email des damaligen Finanzministers G. Hardouvelis aufgeführt werden) ein für alle Mal vom Tisch. Und so wird es keine Rentenkürzungen, keine weiteren Entlassungen im öffentlichen Dienst und keine erneute Erhöhung der Steuerlast für Arme und den Mittelstand geben.

6. Die getroffene Vereinbarung beinhaltet den größten Teil des „Thessaloniki-Programms“. Neben den erwähnten Maßnahmen zur Schaffung von Steuergerechtigkeit, sind in der getroffenen Vereinbarung auch die in unserem Programm festgehaltenen Maßnahmen zur Bewältigung der humanitären Krise verankert. Diese können, dank des vereinbarten finanziellen Spielraums, der durch die Senkung des zu erzielenden Primärüberschusses geschaffen wird, finanziert werden, ohne die Ausgeglichenheit des Haushaltes infrage zu stellen. Darüber hinaus eröffnen die in der Vereinbarung fixierten Regelungen bezüglich kollektiver Tarifverträge und Mindestlohn den Weg zu einer Neuregelung des Arbeitsmarktes. Nach fünf Jahren arbeitsrechtlicher Anpassung an „Dritte-Welt-Standards“ findet eine

„Rückkehr nach Europa“ statt und steht die Wiedererlangung arbeitsrechtlicher Errungenschaften endlich wieder auf der europäischen Tagesordnung.

7. Es ist offenkundig, dass es einen Verhandlungsprozess, der mit der hundertprozentigen Durchsetzung aller von einer Seite vorgetragenen Positionen zu Ende geht, nicht geben kann. Vor allem nicht dann, wenn einer der Verhandelnden, allein gegen alle anderen steht und sich selbst diejenigen auf der gegenüberliegenden Seite befinden, die ihm eigentlich unterstützend zur Seite stehen sollten. Daraus ergibt sich notgedrungen, dass in der getroffenen Vereinbarung auch Punkte festgehalten sind, mit denen die griechische Regierung nicht einverstanden ist. In den kommenden Verhandlungen, welche die Ausgestaltung einer neuen Vereinbarung für sozialen Wiederaufbau und Wachstum zum Gegenstand haben werden, werden wir alle notwendigen und in unserer Macht stehenden Anstrengungen unternehmen, um die Position Griechenlands zu stärken. Der Weg ist lang und beschwerlich. Doch der erste Schritt ist getan.